

Soforthilfe für die deutsche Industrie – Forderungen der IGBCE für eine wirksame Industriepolitik

Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Herbst 2024 - ein Jahr vor der geplanten Bundestagswahl – weiterhin in der Stagnation. Die Prognosen für das Wachstum 2024 wurden nach unten korrigiert. Der private Konsum erholt sich trotz mittlerweile wieder steigender Reallöhne nicht von seiner Schwächephase. Auch die internationale Nachfrage nach in Deutschland gefertigten Investitionsgütern bleibt schwach. Betroffen von der aktuellen Situation ist die Breite des verarbeitenden Gewerbes, von der Automobil- und ihren Zulieferindustrien über die Grundstoffchemie bis hin zu nahezu allen weiteren energieintensiven Bereichen wie Papier, Glas oder Keramik, die in der IGBCE organisiert sind. Die Bundesregierung hat mit dem Entwurf für den Bundeshaushalt 2025 und der Wachstumsinitiative Impulse zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit angekündigt. Angesichts der sich abzeichnenden ausbleibenden wirtschaftlichen Erholung werden diese Maßnahmen nicht ausreichen, um einen Abbau und eine Verlagerung von Industriearbeitsplätzen kurz- und mittelfristig aufzuhalten. Daher sind aus Sicht der IGBCE weitere Sofortmaßnahmen zur Stabilisierung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie erforderlich.

Sofortmaßnahmen:

- Es sind weitere Maßnahmen zu ergreifen, damit die im internationalen Wettbewerb befindlichen, energieintensiven Unternehmen dauerhaft (mind. 10 Jahre) deutlich geringere Strompreise zahlen. Zu den Maßnahmen gehören (a) eine Ausweitung der Strompreiskompensation (SPK) auf energieintensive Unternehmen, (b) Zuschüsse aus Bundesmitteln zu den Netzentgelten, die die mit dem Netzausbau verbundenen Kosten für die Verbraucher*innen weiter reduzieren.
- Sowie eines langfristigen Vertrags zur Abnahme von blauem Wasserstoff zur breiten Anwendung in den Industriesektoren und Kapazitätsmarkt.
- Ausweitung von CCU und CCS Projekten auch an Land.
- Keine Pauschalverbote für einzelne Stoffe, die für die Transformation erforderlich sind und sich derzeit nicht ersetzen lassen. Der risikobasierte Ansatz von REACH ist der richtige Rahmen für die Zulassung von Chemikalien.

Darüber hinaus sind auch mittel- und langfristig eine Reihe von Maßnahmen zur Herstellung der Wettbewerbsfähigkeit erforderlich.

Mittel- und langfristige Maßnahmen

■ Wettbewerbsfähige Energiepreise

Bis ausreichende Mengen Erneuerbarer Energien zur Verfügung stehen, brauchen die Unternehmen, vom energieintensiven Mittelstand bis hin zum Großkonzern, um zukünftig hier am Standort Deutschland forschen und investieren zu können, günstigere Strompreise. Darüber hinaus bedarf es weiterhin massiver, insbesondere öffentlicher, Investitionen in die Erzeugung, Übertragung und Speicherung Erneuerbarer Energie.

Die energieintensiven Industrien benötigen eine verlässliche nachhaltige finanzielle Unterstützung bei ihren Energiekosten, solange der Strommarkt nicht die niedrigen Gesteungskosten der Erneuerbaren Energien in Gänze spiegelt. Dort, wo Unternehmen von öffentlicher Unterstützung profitieren, müssen Arbeitsplatz- und Standortgarantien als Gegenleistung eingefordert werden.

Die Kosten für die Begrenzung und Absenkung von Netzentgelten, prioritär für die energieintensive Industrie, sollten analog zur EEG-Umlage in den allgemeinen Bundeshaushalt überführt werden. Transformation und Ausbau der Netzinfrastuktur stellt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe dar und muss entsprechend aus dem Kernhaushalt finanziert werden. Zugleich reduzieren staatliche Investitionen in die Infrastruktur die Investitionskosten von Betrieben, die auf die Verbraucher*innen umgelegt werden müssen. In Folge der Entlastung von Industrie wird die Wettbewerbsfähigkeit und Investitionsattraktivität des Standorts gesteigert, die grundlegend zum Erhalt der Transformationsfähigkeit sind.

...

...

Die steigenden Ausgaben im Bundeshaushalt zur Förderung der Erneuerbaren Energien (EEG-Umlage), die im kommenden Jahr bereits auf 20 Mrd. Euro ansteigen werden, sind zu begrenzen und mittelfristig abzuschaffen. Einmalige Entschädigungszahlungen für die Produzenten sollten geprüft werden. Der ab 2026 vorgeschriebene Clawback-Mechanismus zur Sicherstellung, dass Erneuerbare Energien nicht überfördert werden, sollte bereits im neuen Jahr in ersten Ausschreibungen erprobt werden.

Der Staat sollte sich, wo möglich, an den Übertragungsnetzen beteiligen, um Synergien beim Netzausbau zu heben und die Prozesse zu beschleunigen. Gleichzeitig würde damit der regionalen Quasi-Monopolposition entgegen gewirkt. Um den E-Mobilitätsstandort Deutschland zu stärken, ist der Ausbau des geplanten „Deutschlandnetzes“ für Schnellladepunkte zwingend. Um den Erfolg der angedachten Maßnahmen sicherzustellen, müssen die Anschlusskosten – insbesondere an ländliche Gebiete – von der Bundesregierung getragen werden. Um eine hohe Akzeptanz des Deutschlandnetzes zu gewährleisten, ist eine zeitnahe Einführung von Roaming-Tarifen, gestaffelt nach Ladegeschwindigkeit, zu forcieren.

■ Heimische Wertschöpfung fördern – Resilienz steigern

Im geplanten Rohstofffonds muss ein vollständiges Batterie- und Elektroschrottrecycling berücksichtigt werden. In diesen Produkten sind bereits zu einem hohen Maße seltene Erden, Lithium und andere wichtige Rohstoffe enthalten. Die Frage des Batterie-Recyclings kann somit zu einem Wettbewerbsvorteil für die deutsche und europäische Industrie werden. Eine Maßnahme könnte eine staatliche Abnahmegarantie von seltenen, recycelten Erden darstellen, um heimische geschlossene Wertschöpfungsketten (Local Content) und Rohstoffresilienz zu etablieren.

Darüber hinaus sind Genehmigungen klinischer Studien zu beschleunigen und eine Harmonisierung klinischer Studien sowie Arzneimittel-/Impfstoff-Produktionsanlagen auf Bundesebene dringend herbeizuführen.

Arznei-, Heil- und Hilfsmittel als Güter des Grundbedarfs sind mit dem reduzierten Mehrwertsteuersatz einheitlich mit 7 % zu besteuern, wenn sie in Deutschland produziert werden.

Die deutsche Wirtschaft muss sich unabhängiger machen und dafür ihre Handelsbeziehungen stärker diversifizieren. Auch die heimische (Rohstoff-)Produktion muss deutlich stärker ausgebaut werden. Brach liegende heimische Potenziale der Gallium- und Lithiumförderung sollten genutzt werden. Eine staatliche Abnahmegarantie, sichergestellt durch die Rohstoffagentur, könnte einen wichtigen Beitrag dazu leisten.

In kritischen Bereichen der Rohstoffproduktion muss jedoch die heimische Produktion mit finanziellen Mitteln (OPEX) gefördert werden.

Auch der regulatorische Rahmen muss so angepasst werden, dass die heimische Wirtschaft und damit ihre Resilienz gestärkt wird. Dies kann in transformationsrelevanten Bereichen, beispielsweise über sogenannte Local Content Regeln, erreicht werden.

■ Kreislaufwirtschaft etablieren

Der Aufbau einer Kreislaufwirtschaft muss konsequent vorangetrieben werden. Es bedarf regulatorischer Maßnahmen zur Unterstützung, etwa anhand von Local Content Regeln oder Quotenvorgaben für recycelte Einsatzstoffe bei der öffentlichen Beschaffung. So können sich Leitmärkte etablieren.

Die Biotechnologie als eigene (Teil-)Branche muss beim Auf- und Ausbau von Produktionskapazitäten unterstützt werden, um einer zukunftssträchtigen Branche in Deutschland zum Erfolg zu verhelfen.

CCU/S-Verfahren müssen ermöglicht und etabliert werden, um den Kohlenstoffkreislauf zu schließen. Eine Speicherung muss auch in Deutschland erlaubt werden, auch um neue Geschäftspotenziale zu erschließen. Eine On-Shore-Speicherung muss zumindest kurzfristig ermöglicht werden, um Zwischenspeicherungen zu etablieren, die eine Voraussetzung für den Einsatz von CCU sind

■ Infrastrukturen befähigen

Öffentliche Bereitstellung und finanzpolitisches Anreizen privater Investitionen in Infrastrukturen für Energie, Wasserstoff und CO₂.

Öffentliches Investitionsprogramm in die Verkehrsinfrastrukturen (Straße, Schiene, Wasserwege).

Der Staat muss die notwendigen Infrastrukturen bereitstellen, damit die Industrie die Vorteile von Digitalisierung und KI nutzen kann. Die Fähigkeiten der E-Governance müssen weiter vorangetrieben werden. Investitionen sollten prioritär in Open-Source-Projekte erfolgen, um eine digitale Resilienz und Autonomie des Staates sicherzustellen. Dies gilt insbesondere mit Blick auf Künstliche Intelligenz.

Vereinfachung und Beschleunigung der Verfahren zum Ausbau digitaler Infrastrukturen

■ Ansiedlungen fördern

Ansiedlungen in transformations- und sicherheitsrelevanten Bereichen - wie bspw. Intel und Northvolt - sollten mit öffentlichen Mitteln auch weiterhin gefördert werden. Dies reduziert gefährliche Abhängigkeiten, schafft Arbeitsplätze und damit Wertschöpfung und letztlich Wohlstand.

Der Staat muss Ansiedlungspolitik als Strukturpolitik begreifen. Regionen im Wandel müssen unterstützt werden, um Strukturbrüche zu vermeiden. Dies ist auch eine gesellschaftspolitische Herausforderung.

In Regionen, in denen es teilweise nur mittelständische Unternehmen gibt, sind die Anforderungen an Genehmigungsbehörden besonders hoch. Daher soll geprüft werden, ob unter Einbeziehung von Best-Practice-Beispielen, bestehende Behörden durch regionale oder überregionale Vernetzung ihre Expertisen bündeln können.

■ Fachkräftemangel angehen

Es bedarf eines konsequenten Auf- und Ausbaus einer Weiterbildungs- und Qualifizierungsinfrastruktur. Die Politik muss dafür die Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen, damit Weiterbildungsabschlüsse übergreifend anerkannt werden.

Durch Investitionen in Digitalisierung lässt sich die Produktivität steigern und somit der demografisch bedingte Wegfall von Fachkräften zumindest teilweise abmildern.

Die Partizipationsrate von Frauen am Arbeitsmarkt muss erhöht werden. Hierzu bedarf es eines Ausbaus der Kinderbetreuungsinfrastruktur sowie eines weiterreichenden Abbaus von steuerpolitischen Fehlanreizen.

Deutschland braucht ein modernes Einwanderungsrecht, das die Integration in den Arbeitsmarkt erleichtert. Dazu gehört eine einfachere und schnellere Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen, die Senkung von Einkommensgrenzen und eine echte Integrationspolitik.

■ Innovationen fördern – Transfer sichern

Forschung und Innovation müssen gefördert werden. Dafür muss die steuerliche Forschungsförderung ausgeweitet werden. Auch sollte sich der Staat mit öffentlichen Mitteln stärker an der Forschung in transformationsrelevanten Bereichen engagieren (in Anlehnung an die US-amerikanische DARPA).

Der Transfer von Forschung und Innovation in die industrielle Produktion muss unterstützt werden. Gerade in jungen Branchen mit hohem Potenzial zur Erschließung weiterer Geschäftsfelder bedarf es regulatorischer (z.B. Local Content Regeln) oder finanzieller politischer Maßnahmen.

Das Start-up-Geschehen muss in Deutschland stärker über öffentliche Mittel, etwa der KfW, unterstützt werden, um mehr Risikokapital zur Verfügung zu stellen und eine Abwanderung vielversprechender Ideen ins Ausland zu verhindern.

■ Neustrukturierung des EU-Beihilferahmens

Das europäische Wettbewerbsrecht darf nicht dazu führen, dass Europa als Ganzes im Wettbewerb zurückfällt. Die Ideale des freien und fairen Wettbewerbs und Binnenmarkts nützen nichts, wenn andere Regionen auf der Welt diesen Spielregeln nicht folgen. In der aktuellen Krise wird das noch einmal deutlich: Das europäische Wettbewerbs- und Beihilferecht muss grundlegend reformiert werden.

Mitgliedsstaaten müssen deutlich mehr Möglichkeiten erhalten, Industrien regulatorisch und finanziell zu unterstützen bei – (Neu-)Investitionen aber auch bei laufenden Kosten. So muss etwa das Instrument der IPCEI vereinfacht werden. Es muss auch für kleine und mittlere Unternehmen geöffnet und auf alle strategischen Transformationsbranchen ausgeweitet werden. Um dem möglichen Wettbewerbsnachteil von finanzschwächeren Mitgliedstaaten zu begegnen, müssen zusätzliche europäische Gelder mobilisiert werden (Transformationsfonds, nicht abgerufene Mittel aus NextGenerationEU, neuer Fund for Industrial Transformation).

■ Schutzmechanismen für Leitmärkte einfach gestalten, konkret anwenden: Integration bzw. Ablösen von ETS durch CBAM

Europa braucht Leitmärkte, Clusterpolitik und starke Verbundstrukturen. Die identifizierten Leit- bzw. Transformationsbranchen müssen Eingang finden in eine Industriestrategie, deren Aufbau und das mittelfristige Bestehen besonders geschützt werden. Dies sollte nicht nur Endprodukte (z.B. Elektrofahrzeuge) beinhalten, sondern auch benötigte Wertschöpfungsnetzwerke (z.B. Kathodenmaterial, Batteriezelle, Chips etc.). Ziel muss es sein, strategische Industrie-Ökosysteme in Europa zu etablieren. Hierfür braucht es finanzielle Anreize bei der Ansiedlung, Ausgleich höherer Betriebskosten, aber auch regulatorische Maßnahmen, beispielsweise eine Vereinfachung des Rechts außereuropäische Übernahmen in den definierten Branchen zu untersagen.

Die schrittweise Einführung eines CBAM muss kritisch begleitet werden, damit die europäische Industrie keine Wettbewerbsnachteile im internationalen Vergleich hat.

...

...
Das System sollte erweitert werden, um eine WTO-konforme Komponente, die Anreize schafft, europäische Vorprodukte und Komponenten zu verarbeiten: Die nachweisliche Verwendung in Europa gefertigter, klimafreundlicher Komponenten könnte etwa an die Unternehmen rückvergütet werden. Die Rückvergütung könnte aus den CBAM-Einnahmen finanziert werden, sodass europäische Unternehmen auch finanziell von der Einführung des CBAM profitieren. Neben dem gesteigerten Anreiz, europäische Produkte zu verwenden und die heimische Industrie nach dem Prinzip ‚In Europa für Europa‘ zu unterstützen, ergibt sich durch wegfallende Transporte auch ein positiver Klimaeffekt.

■ Neue Geopolitik und internationaler Handel

Die geopolitische Lage hat sich mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine radikal verändert. Alte Gewissheiten gehören strategisch hinterfragt, um standortgefährdende, aber auch sicherheitsrelevante Abhängigkeiten zu reduzieren. Mehr Diversifizierung: Es braucht den Aufbau neuer Partnerschaften, vor allem im Schulterschluss mit anderen Demokratien. So kann – nach festen Regeln – statt De-Globalisierung, die Re-Globalisierung kommen. Handelsabkommen sind ein wichtiger Meilenstein, denn verlässliche wirtschaftliche Zusammenarbeit und Handel bleiben in der Zeitenwende wichtig. Sie sollten faire Handels- und Arbeitsregeln umfassen und Lohn- und Klimadumping entgegenwirken. Die Ratifizierung von CETA ist ein wichtiger Schritt, auch das Mercosur-Abkommen muss kommen.

Der IRA in den USA fordert Europa heraus, ist aber industrie-, klima- und sozialpolitisch zugleich ambitioniert und politisch richtig. Wäre es jetzt nicht an der Zeit, über ein neues Freihandelsabkommen mit den USA nachzudenken – oder sogar gleich über eine transatlantische Freihandelszone? Dabei böten sich Chancen, um von China unabhängiger zu werden, etwa bei Transformationstechnologien und Rohstoffen. Richtig ist auch die Initiative für einen Klimaclub, um zwischen starken Partnern ein Level-Playing-Field für Transformationstechnologien und ihre (Vor-)Produkte zu schaffen. Gleichzeitig müssen die aktuellen globalen Handelsregeln, nämlich über die WTO-Mitgliedschaft, reformiert und angepasst werden.

■ Beschleunigung Planungs- und Genehmigungsverfahren: Ist hier wirklich alles getan?

Der Bau und die Inbetriebnahme der ersten LNG-Terminals muss der neue Standard bei Planungs- und Genehmigungsverfahren werden. Das darf sich ausdrücklich nicht nur auf Infrastrukturmaßnahmen beziehen, sondern muss auch die Investitionen in neue Industrieanlagen entfesseln. Hier sind Klimaschutz und Transformation für den Arbeitsplatz- und Standorterhalt legitime Begründungen für die neue

‚Deutschlandgeschwindigkeit‘. Gleichzeitig muss die Personalausstattung in den zuständigen Behörden verbessert, Verfahren vereinheitlicht und Prozesse digitalisiert werden. So kann die Verwaltung auch entlastet und effizienter werden: Es braucht zentrale Instanzen, die sich ausschließlich mit der Genehmigung von Transformationsvorhaben befassen. Entschlackt werden die Verfahren, wenn die Anträge nur digital einzureichen sind und maximal drei Gutachten zu Natur-, Umwelt-, Artenschutz etc. erstellt werden.

Gleichzeitig sind die Berichtspflichten für Unternehmen auf ein Minimum zu reduzieren. Das Beteiligungs- und Klage-recht der Öffentlichkeit bleibt erhalten, muss aber vor allem zeitlich reduziert werden. Ein Antrag, der nach drei Monaten nicht abgelehnt ist und gegen den keine Beschwerden oder Verfahren vorliegen, sollte automatisch als bewilligt gelten. Angedockt an die neuen Instanzen sind „Springer-Teams“, die dort unterstützen, wo kommunale Entscheidungen gefragt sind und so das Know-How vor Ort früh mit einbeziehen.

■ Chemieindustrie und Biodiversität: Regulierungen mitgestalten – Chancen nutzen und erhalten.

Die Biodiversität ist neben dem Klimaschutz eine der wichtigsten Herausforderungen geworden. Das wurde spätestens durch die Covid19-Pandemie deutlich. Der Schutz der Artenvielfalt wird immer mehr zu einem wichtigen Kriterium auch für die chemische Industrie, um weitere Roh-, Inhalts-, und Wirkstoffe finden und nutzen zu können. Die Sicherung der Biodiversität stellt damit auch eine Sicherung von Potentialen wirtschaftlicher Entwicklung dar.

Auf der Weltnaturkonferenz in Montreal hat sich im Dezember 2022 die internationale Staatengemeinschaft auf gemeinsame Ziele geeinigt, um den weiteren Verfall der Biodiversität zu verhindern. So soll etwa der Eintrag von Düngemittelüberschüssen, Pestiziden und gefährlichen Chemikalien bis 2023 halbiert werden. Zudem wurde konkret festgehalten, wie diese Ziele umgesetzt und kontrolliert werden sollen.

Die Unternehmen in unseren Branchen, vor allem die chemische- und pharmazeutische Industrie, sind wichtige Adressaten und müssen bereits über die Neuordnung des REACH-Rahmens ihre Produkte entlang der Maxime „Do no Harm“ überprüfen und ausrichten. Die IGBCE wird darum die Diskussionen um die Umsetzung der Beschlüsse von Montreal begleiten, im Austausch eigene Positionen entwickeln und sich aktiv an der Gestaltung der notwendigen Regulierungen beteiligen.